

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

46. Sitzung, 25.05.1852

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über die Verhandlungen des fünften allgemeinen Landtags des Großherzogthums Oldenburg.

Sechshundvierzigste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 25. Mai 1852. Vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Provinzialgesetze, betreffend das Enteignungsgesetz in Deichangelegenheiten (Anlage Nr. 82).
2. Fernerer Bericht des Krongutsausschusses über die Ausschreibung des Kronguts (Anlage Nr. 80).

Vorsitz: Präsident **Zedelin**s.

Die Sitzung beginnt 11 $\frac{1}{2}$ Uhr. Anwesend am Ministerische Herr Staatsrath **Krell**, Herr Ministerialrath **Bucholz**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Der Herr Schriftführer wird das Protokoll der letzten Sitzung verlesen.

(Schriftführer **Jansen** verliest dasselbe.)

Wird etwas erinnert gegen das Protokoll? — Ich erkläre dasselbe für genehmigt. — Eingegangen sind:

1. Ein Schreiben des Großherzoglichen Staatsministeriums vom 18. d. Mts., betreffend das Budget. (Anlage Nr. 83.) Das Schreiben geht an den Finanzausschuß.
2. Ein Schreiben des Großherzoglichen Staatsministeriums vom 24. d. Mts., womit in Gemäßheit des Art. 156. des Staatsgrundgesetzes zwei Verordnungen dem Landtage mitgetheilt werden, nämlich:

1. Eine Verordnung auf Grund des Art. 160. Ziffer 2 für das Herzogthum Oldenburg, wegen einstweiligen Erlasses der Eingangsabgaben für Getreide und Hülsenfrüchte;
2. eine Verordnung ebenfalls auf Grund des Art. 160. Ziffer 2 des Staatsgrundgesetzes für das Fürstenthum Lübeck, betreffend die Herabsetzung des Einfuhrzolls für Rohrzucker.

Das Schreiben geht an den für derartige Vorlagen bestehenden Ausschuß. — Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, ertheile ich dem Herrn Ministerialrath **Bucholz** das Wort.

Regierungsc. Bucholz: Ich habe der geehrten Versammlung die Mittheilung zu machen, daß nach einer in der heutigen Nummer des Gesetzblattes erschienenen Verord-

nung des Großherzogs der allgemeine Landtag bis zum 18. des künftigen Monats verlängert ist.

Präsident: Wir gehen zur Tagesordnung über. Der Herr Berichterstatter in Betreff des zuerst auf der Tagesordnung stehenden Gegenstandes wünscht vor Verlesung des Berichtes Acten zu erhalten, deren er bei Berathung desselben bedarf, die alsbald eintreffen werden. Wir gehen deshalb zunächst zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über, zum mündlichen Berichte des Ausschusses für die Provinzialgesetze, betreffend das Enteignungsgesetz in Deichangelegenheiten. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter den Vortrag zu halten.

Berichterst. Kroy: Der Gegenstand, m. H.! über den ich Bericht zu erstatten habe, ist sehr einfach und ohnehin der Versammlung schon bekannt; deshalb hat es auch nicht nöthig geschienen, daß der Bericht abgeklatscht und den Mitgliedern zur Einsicht mitgetheilt würde. Der Bericht lautet: (Siehe Anlage 82.)

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Da das nicht der Fall ist, bringe ich den Antrag des Ausschusses zur Abstimmung. Er geht dahin, daß der Landtag mit dem Ausschusse sich einverstanden erkläre, daß das Gesetz vom 15. dieses Monats, betreffend die Enteignung in Deichsachen, das Großherzogthum nicht berührt, sondern nur das Herzogthum angeht. Ich ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche dem Antrage nicht beitreten, sich zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir gehen zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, dem Berichte des Kron-



gutsausschusses über die Ausscheidung des Kronsgutes. Ich habe diesen Gegenstand nur auf die Tagesordnung bringen können in der Voraussetzung, daß der Landtag in die Berathung desselben heut einzugehen bereit ist, wiewohl der diesfallige Bericht erst seit vorgestern Nachmittag, mithin nicht volle 48 Stunden in den Händen der Abgeordneten sich befunden hat. Falls nicht Widerspruch aus der Versammlung erfolgt, gehen wir zur Berathung des Berichts über. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, den Bericht vorzutragen.

Berichterst. **Klavemann**: Meine Herren! Nachdem von Ihrem Ausschuss die von Ihnen in der Sitzung vom 15. April d. J. gefassten Beschlüsse zusammengestellt worden waren, hat der Ausschuss mit dem Großherzoglichen Staatsministerium vielfache Verhandlungen gehabt, welche eine lange Zeit zu einem befriedigenden Abschluß gar nicht gelangen zu wollen schienen. Mehrere verschiedene Pläne über die schlüssige Ausscheidung in einem Ganzen sind von dieser und von jener Seite aufgestellt worden; keiner von diesen Plänen konnte aber die Zustimmung des andern Theils gewinnen. Ueber diese vielen Arbeiten ist viel Zeit vergangen, bis es endlich gelungen ist, einen Plan aufzufinden, über welchen die Verständigung möglich erscheint. Dem Plane, m. H.! wie er Ihnen jetzt vorliegt, wird, wie ich glaube, die Zustimmung der Großherzoglichen Staatsregierung nicht versagt werden; und so scheint es erreicht werden zu können, daß mit beiderseitiger Annahme der gegenwärtigen Aufstellung die schon über so viele Landtage geschleppte schwierige und verwickelte Angelegenheit nun doch endlich ihre Erledigung finde, eine Erledigung, deren baldiges Zustandekommen durchaus erforderlich ist, wenn sich unsere Finanzverhältnisse nicht ganz verwirren sollen.

Vergleichen Sie, m. H.! den Plan, wie er am Ende des vorigen Landtags vorlag, und wie er gewiß damals zur Ausführung gekommen sein würde, wenn nicht bei einem Theile der Mitglieder des damaligen Landtags die irrige Voraussetzung Platz gegriffen hätte, daß die Ausscheidung des Kronsguts, gemäß der Vereinbarung von 1848, weniger im Interesse des Landes liege, als, von Seiten des Großherzogl. Staatsministeriums, im Interesse der Krone, auf diese Ausscheidung Werth gelegt werde — vergleichen Sie, wie gesagt, diesen Plan mit dem gegenwärtigen Stande der Sache, so läßt sich nicht verkennen, daß die Staatskasse, gegenüber der Kronsgutskasse, bei der Ausscheidung, wie sie gegenwärtig vorgeschlagen ist, sich um etwa 1500 bis 2000 Thlr. jährlich schlechter berechnet, als bei dem damaligen Projekt der Fall war.

Indessen noch gegenwärtig steht die Sache nicht durchaus ungünstig. Die Herren werden die Berichte des Kronsgutsausschusses mit Aufmerksamkeit gelesen und werden gefunden haben, daß es wirklich sich so verhält; es steht noch nicht durchaus ungünstig. Wenn dem so ist, ich bin nicht im Stande, Ihnen diese Behauptung mit Nachweisungen zu allen möglichen Einzelheiten wahr zu machen, ohne sehr weitläufig zu werden, aber es wird dieses, nach Ihrer gewiß um-

sichtigen Prüfung und Abwägung alles dessen, was in Frage gestanden hat, auch nicht nöthig sein, — wenn also dem so ist, daß die Sache noch nicht durchaus ungünstig steht, so glaube ich, wird es gerechtfertigt sein, wenn ich im Namen des Ausschusses, m. H., Ihnen empfehle, dem Plane, so wie er jetzt vorliegt, Ihre Zustimmung zu geben.

Ich werde mir erlauben dürfen, Ihnen nunmehr die einzelnen Anträge des in Ihren Händen befindlichen Berichts, und was zur Begründung derselben im Berichte gesagt worden ist, vorzutragen.

Staatsrath **Krell**: Darf ich vielleicht vorher um das Wort bitten?

Präsident: Herr Staatsrath Krell!

Staatsrath **Krell**: Ich muß die geehrte Versammlung aufmerksam machen, daß es der dringende Wunsch auch auf Seiten der Krone ist, daß diese Angelegenheit endlich ihre definitive Erledigung finde, und ich darf allerdings die Hoffnung aussprechen, daß, wenn die geehrte Versammlung die Beschlüsse des Ausschusses annimmt, ohne Zweifel dann das Einverständnis der Staatsregierung dazu erklärt werden wird; wenn dieß nicht gleich der Fall sein kann, insbesondere bei dem letzten Antrage: „sich mit der Verordnung schlüssig einverstanden zu erklären,“ so hat dieses bloß einen formellen Grund, weil der Entwurf der Verordnung erst nach der Abreise des Großherzogs formulirt worden ist. Indessen glaube ich, auch darüber bald das Einverständnis der Staatsregierung erklären zu können. Ich habe noch zu bemerken, daß das Staatsministerium in dieser Sache eine Stellung eingenommen hat, die ich mit ein paar Worten näher darzulegen mich verpflichtet halte, — es ist, wie ich schon bemerkt habe, die letzte Gelegenheit, da hoffentlich keine Verhandlungen über diese Sache bei dem Landtage mehr stattfinden werden. Das Staatsministerium hat seine Aufgabe darin gefunden, die Vereinigung, welche die Anlage 1 des Staatsgrundgesetzes enthält, nach den Grundsätzen, die am 24. und 25. Febr. verabredet worden sind, in der Art zur Ausführung zu bringen, daß die beiderseitigen Interessen, die des Staats und die des Besitzers des Kronsguts, in solcher Weise vereinigt würden, daß daraus ein dauernder, befriedigender Zustand hervorgeht. Der Zustand mußte nothwendig von vorn herein als ein befriedigender festgestellt werden, weil er auf eine lange Dauer berechnet ist, damit nicht zu befürchten war, daß fortwährend der eine oder andere Theil, der seine Interessen vielleicht verletzt glauben sollte, an dieser Vereinbarung zu rütteln versucht sein sollte. Die Ausscheidung des Kronsguts erforderte Erwägungen einer großen Menge einzelner Details und deshalb konnten einzelne Pläne, die verschiedentlich aufgestellt worden, nicht gleich so angenommen werden, wie man, wenn man in die Sache nicht genau hineingeht, wohl glauben konnte. Unter diesen Verhältnissen war selbstredend das Staatsministerium nicht in der Lage, einseitige Beschlüsse von Seiten des Landtags ohne Weiteres zur Ausführung zu bringen, wie das wohl von dem Einen oder Andern als sich von selbst verstehend ausgesprochen ist. Es war ein beiderseitiges

Uebereinkommen nöthig und das Staatsministerium mußte nothwendig dahin streben, die beiderseitigen Interessen in der Art zu vereinigen, wie ich sie vorhin bezeichnet habe.

Präsident: Ich ersuche den Herrn Berichterstatter mit Verlesung des Berichtes zu beginnen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „die Anlage 80 bis Antrag Nr. 2 einschließlic“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Wir gehen zur Abstimmung. Ich bringe zuerst den Antrag des Ausschusses unter Nr. 1 zur Abstimmung. Er geht dahin:

„Der Landtag beschliesse, daß der Cäcilien-Groden, wie früher beschrieben, zur Summe von 1344 Thlr. 42 Gr. ausgeschieden werden könne.“

Ich ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche diesem Antrage nicht beitreten, sich zu erheben. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Der Antrag Nr. 2, — es wird der Verlesung nicht bedürfen, er liegt Ihnen ja vor Augen — bringe ich zur Abstimmung. Ich ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche diesem Antrage nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „die gedeckte — bis Antrag Nr. 3“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag Nr. 3, wie er soeben verlesen ist, zur Abstimmung. Ich ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche dem Antrage nicht beitreten wollen, sich zu erheben. Ich weiß nicht, ob die Herren, welche stehen, dagegen stimmen wollen.

(Zuruf: Ja!)

Der Antrag ist gegen 1 Stimme angenommen. Ich bitte fortzufahren.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Mit Annahme bis Antrag Nr. 4“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag Nr. 4, wie er soeben verlesen ist, zur Abstimmung, und ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche ihm nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Sodann steht bis Antrag Nr. 5“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag Nr. 5, wie er eben verlesen worden ist, zur Abstimmung, und ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche ihm nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 1 Stimme angenommen. — Wir gehen weiter.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Ferner ist von der Großherzoglichen Staatsregierung — bis Antrag Nr. 6.“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag unter Nr. 6. zur Abstimmung, und ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche ihm nicht

beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Mit Annahme dieser Anträge — bis Antrag Nr. 7.“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag Nr. 7., wie er soeben verlesen worden ist, zur Abstimmung, und ersuche diejenigen Herren, welche dem Antrage nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 1 Stimme angenommen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Zweitens muß abgehen der Durchschnittsertrag — bis Antrag Nr. 8.“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Da dies nicht geschieht, bringe ich den Antrag unter Nr. 8. zur Abstimmung, und ersuche diejenigen, welche dem Antrage nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 2 Stimmen angenommen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Zur Reduction der mehrgedachten Summe — bis Antrag Nr. 9.“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Da dies nicht der Fall ist, bringe ich den Antrag unter Nr. 9. zur Abstimmung, und ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche ihm nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 1 Stimme angenommen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Ferner würde nach Ansicht — bis Antrag Nr. 10.“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag Nr. 10., wie er soeben verlesen ist, zur Abstimmung, und ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche demselben nicht beistimmen wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 1 Stimme angenommen.

Berichterst. Kläbemann (liest: „Gedeckt wäre im Ganzen bis Antrag 11. incl.“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag Nr. 11. zur Abstimmung. Ich ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche dem Antrage nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen. — Ich bitte fortzufahren.

Berichterst. Kläbemann: Ein Theil der Versammlung stimmt consequent gegen die Anträge des Ausschusses, ohne die Gründe mitzuthellen. Es wäre wünschenswerth, die Gründe der Herren zu hören; die Mittheilung derselben könnte vielleicht auf die Beschlußnahme von Einfluß sein. Ich muß allerdings anheimgeben . . .

Präsident: Es scheint mir von dem Ermessen der Herren selbst abzuhängen, ob sie darüber sich aussprechen wollen.

Berichterst. Kläbemann: Ich meine, es könnte vielleicht von Einfluß sein.

Präsident: Es scheint mir für den Herrn Berichterstatter keine Veranlassung vorzuliegen, dergleichen Aeußerungen von Seiten der dissentirenden Herren zu provociren, falls nicht die Herren selbst dazu sich veranlaßt finden.

(Abg. Böckel bittet um's Wort.)

Abg. Böckel hat das Wort.

Abg. Böckel: Ich bin sehr gern bereit meine Abstim-



mung zu motiviren. Es liegt der Grund davon in dem Antrage, der auf dem vorigen Landtage von mir gestellt worden ist, daß ich wesentlich die Ausscheidung des Krongrundes als ein Gegenseitiges für das Staatsgrundgesetz, was wir im Jahre 1849 erlangt haben, betrachte, und daß ich eben, weil wir das Staatsgrundgesetz nicht in der Weise zur Wahrheit gemacht sehen, wie wir es sollten, deshalb auch gegen die Ausscheidung des Krongrundes consequent stimme und stimmen werde. Das sind meine Gründe.

Präsident: Ich ersuche den Herrn Berichterstatter fortzufahren.

Berichterst. **Klavemann** (liest: „Würden — bis Antrag Nr. 12.“).

Präsident: Wünscht dieserhalb Jemand das Wort? — Ich bringe den Antrag Nr. 12. zur Abstimmung, wie er so eben verlesen ist, und ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche demselben nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen.

Berichterst. **Klavemann** (liest: „Unter Beziehung — bis Antrag Nr. 13.“): Ich habe hierbei zu bemerken, daß der Beschluß — wenn es den Herren nicht ganz erinnerlich sein sollte — daß dieser Beschluß zu Antrag 1. dahin geht, daß die Domainen, damals nur „vorläufig“ als zur Ausscheidung geeignet bezeichnet, nicht definitiv ausgeschieden werden sollen. Es würde nun die Annahme dieses so eben verlesenen Antrages der Akt der schlüssigen Ausscheidung sein, vorbehaltlich der Genehmigung der Staatsregierung. Dabei glaube ich bemerken zu müssen, daß der Ausschuss davon ausgeht, daß dieser Beschluß nur auf die Ausscheidung im Ganzen sich zu beziehen habe, daß, sobald die Ausscheidung, wie sie geschehen, nicht im Ganzen angenommen wird, alles Einzelne wieder in Frage gestellt wäre. — Ich weiß nicht, ob ich die Anlage des Berichts

noch verlesen soll; die Herren werden sie ja Alle gelesen haben.

Präsident: Falls dies nicht besonders gewünscht wird, scheint keine Nothwendigkeit dazu vorzuliegen. Wünscht Jemand wegen des Antrags Nr. 13. das Wort? — Da dies nicht der Fall ist, bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Er geht dahin:

„der Landtag beschliesse: der Landtag erklärt sich mit der unter A. diesem Berichte anliegenden Verordnung schlüssig einverstanden.“

Ich ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche dem Antrage nicht beitreten wollen, sich zu erheben. — Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen. Wir haben damit die heutige Tagesordnung erledigt.

Von Seiten des Großherzoglichen Staatsministeriums ist zur Vertheilung an die Herren Abgeordneten eine Broschüre mir zugegangen, betitelt: „Die neue Irrenheilanstalt für das Herzogthum Oldenburg.“ — Ich ersuche diejenigen Herren Abgeordneten, welche ein Exemplar dieser Broschüre zu besitzen wünschen, beim Bureau dasselbe nach dem Schlusse der Sitzung in Empfang zu nehmen. — Die Herren Abgeordneten werden, darf ich voraussetzen, nunmehr sämmtlich in der Lage sein, in den nächsten Tagen auf Berathung des Berichts des Ausschusses für die Zollverträge einzugehen, zur Zeit der einzige Gegenstand, welcher für die Berathung im Landtage vorbereitet ist. Ich würde die Berathung, falls nicht etwas anderes beantragt und beschlossen wird, auf den nächsten Donnerstag anberaumen. — Die Tagesordnung würde mithin sein: Berathung über den Bericht des Ausschusses über den Anschluß des Herzogthums Oldenburg an den Zollverein. Geheime Sitzung Donnerstag, Morgens 10 Uhr. Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12¼ Uhr.)

Namens der Redactions-Commission:

Noell.

Verichtigung.

S. 597 Sp. 2 Z. 8 v. o. lies statt „gestellt“ — „verstellt“. S. 598 Sp. 1 Z. 24 v. o. lies statt „auf 168,571 Thlr.“ — „auf 148,571 Thlr.“ S. 598 Sp. 1 Z. 11 v. u. lies statt „die“ — „da“. S. 598 Sp. 1 Z. 15 v. u. lies statt „42,111 Thlr.“ — „72,111 Thlr.“ S. 598 Sp. 1 Z. 21 v. u. lies statt „5176 fl.“ — „5967 fl.“

Schnellpressendruck von Gerhard Stalling in Oldenburg.